

come together ||| fight together ||| stay together



nicht nur

Abschiebung



www.redside.tk

www.fluchtursachen.tk



immer montags ab 19 Uhr: Volksküche
im Stadtteilladen Schwarze Katze, Untere Seitenstr.1 Nürnberg

Flucht - Seit gut zwei Jahren beherrscht das Thema die Schlagzeilen ebenso wie die Kernaussagen der staatlichen Politik. Die Stimmung zum Thema hat sich mittlerweile rapide gedreht. Anfangs wurde noch von Willkommenskultur und Menschlichkeit geschwärmt, wurde sich von der etablierten Politik heuchlerisch über Pegida und Konsorten empört. Heute beherrschen Flüchtlingsbekämpfung, Deportation und Sondergesetzgebung die Reden und Taten der Politik, die Hetze von AFD und Pegida ist längst Teil des Regierungsprogramms geworden. Viel wird dabei auch von Fluchtursachen gesprochen. Gemeint ist damit die Abschottung der Festung Europa. Für die Bundesregierung und die EU heißt Fluchtursachen bekämpfen Deals mit der Türkei abschließen, die libysche Küstenwache aufrüsten, Fluchtrouten dichtmachen, SeenotretterInnen an der Arbeit hindern, etc.

Dabei ist eins doch völlig klar: die Menschen fliehen vor den Auswirkungen der Politik der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt. Vor der Politik eben der Staaten, in denen viele versuchen Schutz zu finden – und die sich mit Stacheldraht, Mauern, Kriegsschiffen und Lagern gegen Geflüchtete „verteidigen“. Die Logik dahinter ist denkbar einfach: es ist die Logik des Staates, der im Interesse von Konzernen und Banken handelt. Beispiel Afrika: Menschen fliehen, weil Großkonzerne ihnen mit Hilfe europäischer Subventionen ihr Ackerland nehmen und fast komplett automatisierte Großfarmen errichten. Weil Banken mit Lebensmitteln spekulieren und europäische Lebensmittelabfälle auf afrikanischen Märkten verschербelt werden und die einheimische Produktion vernichten. Weil deutsche Rüstungsgüter in Massen an Diktaturen exportiert werden. Das alles findet maßgeblich auf Betreiben des deutschen Staates statt - Angela Merkel nennt das dann „Marshall Plan für Afrika“ oder „private Entwicklungshilfe“. Wir nennen das Öffnung afrikanischer Märkte für ausländisches Kapital und Kriegstreiberei. Wir nennen das Imperialismus. Mit der Bekämpfung von Fluchtursachen hat das nichts zu tun. Im Gegenteil – es schafft eben solche.

Die Auswirkungen einer Politik, die sich vor allem um die Profite der Industriellen kümmert, bekommen nicht nur die Menschen außerhalb der EU zu spüren. Niedriglohnsektor, Leih- und Zeitarbeit, Werksverträge, Minijobs, Soloselbstständigkeit – all das sind Ergebnisse der Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte – und alle dienen sie dem Profit. Konkrete Folge: wir haben immer weniger Geld auf‘m Konto,

während Banken und Konzerne immer höhere Profite machen. Im Fernsehen nennen sie das Schere zwischen arm und reich. Im Alltag heißt das Pfandflaschensammeln. Der ökonomische Abstieg, oder die Angst davor, sind seit Jahren allgegenwärtig. Als Drohkulisse dient Hartz IV und die damit verbundenen Ämterschikanen – das relative Ende einer Armutsspirale, die quasi jeden jederzeit treffen kann.

Im Kapitalismus zu leben und zu arbeiten ist ungerecht. Egal ob innerhalb oder außerhalb der EU. Die VerliererInnen sind dabei immer dieselben: diejenigen, die keinen Besitz haben, keinen Zugang zur Macht, diejenigen die nichts haben als ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen um überleben zu können.

Diese Ungerechtigkeit macht wütend – und ängstlich. Und das zurecht. Aber die Wut richtet sich selten gegen die Verantwortlichen. Stattdessen schaffen die es, Wut und Angst zu kanalisieren – und auf Schwächere zu richten. Angefangen haben Spiegel, Bild, Focus und Welt, dann kamen Pegida und AFD und heute hetzt die ganze so genannte „Mitte“. Mit Erfolg. Die Flüchtlinge werden als Problem wahrgenommen – diejenigen, die uns ausbeuten, als Verbündete. Und so verabschiedet die Politik Sondergesetze, forciert Abschiebungen, erklärt Kriegsgebiete zu sicheren Herkunftsländern – und zerstört nebenher die betriebliche Rente, greift das Streikrecht an und verschärft die alltägliche Überwachung. Mit dem rigiden Vorgehen gegen Geflüchtete, ob als Abschottung oder Deportation, will der Staat Handlungsfähigkeit gegen vermeintliche Probleme demonstrieren. Damit wird vom Unwillen und der Unfähigkeit, die eigentlichen, sozialen Probleme zu lösen, abgelenkt und die Verantwortlichen können sich zurück lehnen: teile und herrsche.

Die Menschen, die an den europäischen Außengrenzen sterben, fliehen vor den Auswirkungen derselben Politik, die uns hier den Job kosten oder um die Rente bringen. Krieg, Mietpreisexplosion, Rüstungsexport, Niedriglohnsektor, Hartz IV - all das kommt aus dem gleichen Parlament und dient den gleichen Profitinteressen. Die Profiteure, Deutsche Bank, VW, Diehl, Thyssen-Krupp, Siemens usw. sitzen in den Lobbyverbänden, Aufsichtsräten und Beratungsgremien und sorgen dafür, dass die Politik in ihrem Sinne vorangetrieben wird und die Profite steigen. Wenn sie sich nicht gleich die Gesetze dazu selbst schreiben.

come together ||| fight together ||| stay together

Vor wem hast du Angst?

Wenn die immer gleichen Herrschenden den großen Rest der Welt Armut und Ausbeutung aussetzen und in die Flucht treiben – was gibt es näher liegendes als sich dagegen zusammenzutun? Egal woher wir kommen - getroffen werden wir alle von dieser Politik. Die einen haben dabei noch das „Glück“ in einem der imperialistischen Zentren geboren zu sein, inklusive stagnierenden Reallöhnen, Wohnungsnot, befristetem Job und drohender Altersarmut. Die anderen versuchen dorthin, hierher zu kommen weil sie vor Krieg, Verfolgung, Hunger und Armut fliehen. Die Frage ist: Vor wem hast du mehr Angst? Vor Schutzlosen, die flüchten oder dem Staat, der dich im Interesse der Wirtschaft, des Kapitals, belügt, betrügt, überwacht und beklaut – und wer wird eher mit dir für deine Rechte kämpfen? Der Kapitalismus spaltet uns und schafft für einige Sondergesetze, für andere Privilegien, für die nächsten Sanktionen. Die grundlegenden Bedürfnisse, die die Interessen aller Menschen ausmachen, sind aber für alle die gleichen: Wohnen, Essen, körperliche Unversehrtheit, soziale und kulturelle Teilhabe usw.

JedeR von uns ist gezwungen, zuzuschauen, wie der Teil, der für uns abfällt immer kleiner wird. Und jedeR hat immer noch eineN unter sich – zum runtergucken, draufspucken, zutreten. Nur nach oben – da tritt keiner. Machen wir damit Schluss!

Richten wir unsere Wut über diese Verhältnisse gemeinsam auf die Richtigen!

Die ProfiteurInnen, die VerwalterInnen, die VerteidigerInnen des Kapitalismus!

come together ||| fight together ||| stay together

Kommen wir zusammen, kämpfen wir zusammen, bleiben wir zusammen!

Schluss mit Kapitalismus und Imperialismus!

Tear down capitalism and imperialism!

Kampf der Festung Europa!

Fight fortress europe!